

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 67, Dreibrunnstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 7. Dezember 1932

Nummer 98

Das deutsche Buchdruckgewerbe

im Lichte der berufsgenossenschaftlichen Statistik

Die Ergebnisse der Statistik aus dem Geschäftsbericht der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft über das Rechnungsjahr 1931 haben, wie wir schon in Nr. 88 an dieser Stelle mitgeteilt haben, den wesentlichen Teil eines Vortrags über „Die sozialpolitische Lage im Buchdruckgewerbe und die Mantelstarife“, der auf der diesjährigen Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins von dessen Generaldirektor Dr. Woelck gehalten wurde, gebildet. Es ist dadurch die Bedeutung dieser Statistik in besonderer Weise unterstrichen worden und die Notwendigkeit erwiesen, daß diesen sozusagen amtlichen Ermittlungen der gewerblichen Entwicklung eine nicht minder eingehende Beachtung auch seitens der Gehilfenschaft zuteil wird.

I. Betriebs-, Personen- und Maschinenzahlen aus der berufsgenossenschaftlichen Statistik des deutschen Buchdruckgewerbes für die Jahre 1913, 1930 und 1931

Zahl der	1913	1930	1931	1931 + mehr - weniger als 1913
Betriebe (insgesamt)	8 615	10 138	10 100	+ 18,3 %
davon				
Kleinbetriebe ..	5 549	6 732	7 043	+ 26,0 %
(bis zu 10 Arbeitern)	(64,4%)	(66,4%)	(69,2%)	
Mittelbetriebe ..	2 724	2 981	2 780	+ 2,1 %
(11 - 100 Arbeiter)	(31,7%)	(29,4%)	(27,3%)	
Großbetriebe ..	340	425	307	- 8,2 %
(über 100 Arbeiter)	(3,9%)	(4,2%)	(3,0%)	
Druckorte	2 508	2 599	2 621	+ 2,1 %
Berufskräfte (einschl. freiwillig Beschäftigten) insgesamt	180 218	236 335	215 851	- 15,9 %
davon in den				
Kleinbetrieben ..	22 464	25 426	24 090	- 7,2 %
Mittelbetrieben ..	78 515	89 773	84 550	- 7,7 %
Großbetrieben ..	85 239	121 829	107 211	- 25,7 %
Buchdruckerhilfen	62 850	69 495	61 833	- 1,6 %
davon				
Handsetzer	41 833	39 460	34 531	- 17,5 %
Maschinensetzer ..	5 685	11 325	10 847	- 90,8 %
Hand- und Maschinensetzer ..	47 518	50 785	45 378	- 4,5 %
Drucker	15 332	18 710	16 455	- 7,3 %
Lehrlinge	11 974	12 109	11 607	- 3,1 %
Gehilfenlehrlinge ..	(25,2%)	(27,0%)	(21,1%)	
Druckerlehrlinge ..	6 004	5 872	5 577	- 7,1 %
(39,1%)	(31,4%)	(33,9%)		
Techn. Hilfspersonal	40 966	43 283	38 168	- 6,8 %
davon				
männlich	26 893	26 667	24 900	- 7,1 %
weiblich	14 073	16 616	13 268	- 6,4 %
Sehmaschinen	4 761	9 712	9 817	+ 106,2 %
davon				
Druckmaschinen ..	31 722	42 648	42 981	+ 35,5 %
Tiegel	10 430	17 373	17 124	+ 64,2 %
Schneidpressen ..	19 690	23 022	23 684	+ 20,3 %
Rotation	1 602	2 253	2 173	+ 35,6 %

• Im Verhältnis zur Zahl der Hand- und Maschinensetzer.
• Im Verhältnis zur Druckzahl.

Am die gewerbliche Entwicklung in den letzten beiden Jahren (1930/31) besonders deutlich herauszutreten, haben wir diesmal darauf verzichtet, noch ein weiteres Jahr zwischen diesen und der Inflationszeit mit heranzuziehen, so daß also nur die Entwicklung im Vergleich zum letzten Jahr der Vorkriegszeit und zu den beiden letzten Jahren der Nachkriegszeit in Frage kommt. Soweit die entsprechenden Veränderungen zwischen 1913 und 1931, also innerhalb der letzten 19 Jahre über Kriegs- und Inflationszeit hinweg in Betracht zu ziehen sind, ergeben sich diese in prozentualer Fest-

stellung aus der letzten Spalte vorstehender Tabelle. Es haben sich danach in den beiden letzten Jahrzehnten die Betriebe um 18,3, die Druckorte um 2,1, die im Gewerbe beschäftigten Vollarbeiter (zu je 300 Arbeitstagen jährlich) um 15,9 Proz., die Sehmaschinen um 106,2 und die Druckmaschinen insgesamt um 35,5 Proz. vermehrt; verringert hat sich trotzdem die Zahl der Buchdruckerhilfen (d. h. nur die Zahl der Beschäftigten mit je 300 Arbeitstagen im Jahr) um 1,6 Proz., jene der Seherlehrlinge um 3,1 Proz. und die der Druckerlehrlinge um 7,1 Proz. Der Rückgang in der Zahl der Seherlehrlinge erhält jedoch ein andres Bild, wenn man die entsprechenden Zahlen nur zu ihrer besonderen Berufsgruppe und nicht zur absoluten Gesamtzahl der Gehilfen ins Verhältnis setzt. Es entfielen danach im Jahr 1913 auf je 100 vollbeschäftigte Seherkollegen (Hand- und Maschinensetzer) rund 25 Seherlehrlinge und auf 100 vollbeschäftigte Drucker je 39 Druckerlehrlinge; im Jahr 1931 entfielen auf je 100 vollbeschäftigte Seher (Hand- und Maschinensetzer) trotz der Abnahme in der Gesamtzahl der Seherlehrlinge 27, also auf je 100 Seher zwei Lehrlinge mehr als vor dem Krieg. Für den Druckerberuf ergaben sich auf je 100 vollbeschäftigte Drucker im Jahr 1931 immer noch 34 Druckerlehrlinge, und zwar trotz verkürzter Lehrlingsjahre im Jahr 1931 gegenüber jener von 1913. Diese Tatsache hat aber bekanntlich den Herrn Generaldirektor des DVB, in seinem Vortrag in Bad Pyrmont doch nicht abgesehen, die gehilfenseitige Behauptung, daß auch heute noch zu viel Lehrlinge im Gewerbe gehalten werden, als nicht stichhaltig zu bezeichnen!

Von besonderer Bedeutung ist die gewerbliche Entwicklung in den beiden letzten Jahren. Obwohl man seit 1929 von einer stark abwärts gerichteten Kurve in allen wirtschaftlichen Dingen sprechen kann, hat sich trotzdem von 1930 bis Ende 1931 keine Abnahme der Betriebszahl, sondern vielmehr noch eine Zunahme um 52 Betriebe ergeben; auch die Zahl der Druckorte hat um 22 zugenommen. Abgenommen hat dagegen die Zahl der vollbeschäftigten Arbeiter im Vergleich von 1931 zu dem vorhergehenden Jahr um 20 484 oder um 8,7 Proz., und zwar in den Kleinbetrieben um 5 Proz., in den Mittelbetrieben um 5,8 Proz. und in den Großbetrieben um 12 Proz., woraus deutlich zu ersehen ist, daß die mechanische Ausweitung der Mittelbetriebe zu sogenannten Großbetrieben eine ernstliche Gefahr bei rückläufiger Beschäftigungsmöglichkeit darstellt, während sich die Klein- und Mittelbetriebe als wesentlich widerstandsfähiger in wirtschaftlichen Krisenzeiten erweisen.

In der Gruppierung der Betriebe nach der Zahl der beschäftigten Vollarbeiter (zu je 300 Arbeitstagen) kommt die Verhäufung der Wirtschaftskrise in den letzten zwei Jahren besonders deutlich zum Ausdruck, wie sich aus folgender Vergleichstabelle ergibt:

II. Prozentuale Gliederung der Betriebe nach der Zahl der in den einzelnen Betrieben beschäftigten Arbeiter

Betriebe mit	in den Jahren			
	1913	1929	1930	1931
bis zu 2 Arbeitern ..	22,5	24,7	27,8	32,0
3 bis 10 Arbeitern ..	33,2	32,4	21,3	21,4
11 bis 25 Arbeitern ..	18,7	18,4	17,3	15,8
26 bis 50 Arbeitern ..	19,0	17,7	16,9	15,5
51 bis 100 Arbeitern ..	8,1	7,7	7,7	7,1
101 bis 200 Arbeitern ..	4,0	4,0	4,0	4,0
201 bis 300 Arbeitern ..	2,5	2,2	2,4	2,0
über 300 Arbeitern ..	0,7	0,7	0,7	0,7

Es wäre verfehlt, die Erhöhung des prozentualen Anteils der Kleinbetriebe (bis zu 10 Arbeitern) nur auf Neugründung zurückzuführen; denn der Gesamtzuwachs an neuen Betrieben betrug ja von 1930 auf 1931 nur 52. Diese Veränderung in den Gruppierungen ist vielmehr in der Hauptsache durch ein Zurückrücken aus den Gruppen der Groß- und Mittelbetriebe in jene der kleineren Betriebe zu verstehen. Trotzdem bleibt es besonders beachtenswert, daß nach wie vor die Beteiligung der Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe auf die einzelnen Betriebsgrößengruppen auch im Rahmen der Veränderungen der letzten beiden Jahre sich nicht wesentlich geändert hat. Auch im Jahr 1931 blieb der prozentuale Anteil der in den Kleinbetrieben beschäftigten Arbeiter trotz der Steigerung der Prozentzahl der Kleinbetriebe von 66,4 auf 69,2 mit 11,3 Proz. der darin beschäftigten Vollarbeiter unter jener der Vorkriegszeit mit 12,1 Proz. Aber die Arbeiterverteilung auf die einzelnen Betriebsgrößen gibt folgende Tabelle recht interessante Aufschlüsse.

III. Prozentuale Verteilung der Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe auf die verschiedenen Betriebsgrößen

Betriebe mit	in den Jahren			
	1913	1925	1930	1931
bis zu 2 Arbeitern ..	1,4	1,2	1,4	1,7
3 bis 10 Arbeitern ..	4,0	3,5	3,5	3,9
11 bis 25 Arbeitern ..	4,6	6,0	5,6	5,7
26 bis 50 Arbeitern ..	14,1	13,1	11,8	11,8
51 bis 100 Arbeitern ..	13,1	12,9	11,8	11,9
101 bis 200 Arbeitern ..	15,0	15,7	14,4	15,4
201 bis 300 Arbeitern ..	16,3	14,1	14,3	12,8
über 300 Arbeitern ..	8,1	7,6	7,2	8,6

Von wesentlicher Bedeutung ist die aus folgender Tabelle ersichtliche Verteilung der Gehilfenschaft auf die verschiedenen Betriebsgrößengruppen in den Jahren 1913, 1925, 1929, 1930 und 1931.

IV. Prozentuale Verteilung der Handsetzer, Maschinensetzer, Drucker und Lehrlinge auf die Klein-, Mittel- und Großbetriebe

Es waren beschäftigt in den	im Jahr	Von je 100				
		Handsetzern	Maschinensetzern	Druckern	Gehilfenlehrlingen	Druckerlehrlingen
Kleinbetrieb .. (bis zu 10 Arbeitern)	1913	12,6	5,6	23,1	37,3	34,0
	1925	14,3	5,9	23,1	35,4	30,7
	1929	14,1	4,4	16,0	37,3	34,1
	1930	14,0	4,5	15,7	36,5	33,0
	1931	14,4	5,0	16,9	37,4	35,4
Mittelbetrieb .. (11 bis 100 Arbeitern)	1913	49,0	55,5	43,7	47,7	49,6
	1925	37,4	52,5	44,3	49,4	52,9
	1929	44,7	50,7	42,9	45,6	48,3
	1930	43,0	48,5	41,9	46,1	47,7
	1931	43,5	51,0	42,4	45,6	46,8
Großbetriebe .. (über 100 Arbeitern)	1913	38,8	39,3	33,3	15,9	16,7
	1925	38,3	43,1	39,4	15,2	16,4
	1929	41,2	44,8	41,1	17,1	17,6
	1930	42,6	47,0	42,4	17,4	19,3
	1931	42,1	44,0	40,7	17,0	17,8

Es blieb also auch für das Jahr 1931 dabei, daß nur der siebente Teil aller Handsetzer in der Gruppe der Kleinbetriebe, die allein fast 70 Proz. aller Betriebe umfaßt, Beschäftigung gefunden haben; Maschinensetzer kamen in den Kleinbetrieben sogar nur zu einem Zwanzigstel und die Drucker zu einem Sechstel ihrer Gesamtzahl der Beschäftigten in Frage. Sowohl für die Drucker wie für die Maschinensetzer hat sich demnach die Beschäftigungsmöglichkeit in 70 Proz. aller Betriebe gegenüber der Vorkriegszeit verringert, während für die Handsetzer auch nur scheinbar eine kleine Erhöhung ihrer Prozentzahl in den Kleinbetrieben eingetreten ist; denn in Wirklichkeit ist die Vermehrung der Kleinbetriebe gegenüber der Vorkriegs-

zeit ebenso groß wie der Prozentsatz der in diesen Betrieben beschäftigten Handlöhner. In etwa gleichem Gegensatz steht die Zahl der Lehrlinge in den Kleinbetrieben; für die Setzer- und Druckerlehrlinge ist der Prozentsatz wieder größer geworden als vor dem Krieg, während sie für die Mittelbetriebe relativ etwas geringer geworden ist und sich mit dem Prozentsatz der in dieser Gruppe beschäftigten Gehilfen so ziemlich die Waage hält.

Sehr charakteristisch sind auch die berufsgenossenschaftlichen Feststellungen bezüglich der Setz- und Druckmaschinen.

V. Zahl der Buchdruckereien, Buchdrucker, Setz- und Druckmaschinen

Jahr	Ges. Setzer	Buchdrucker	Setzmaschinen	Druckmaschinen			Gesamtzahl der Druckmaschinen
				Zeigelt	Bandrollenpressen	Rotations	
1913	8494	62150	4761	10430	19690	1602	31722
1925	8329	57774	4509	12173	29194	1099	31779
1926	8324	67626	7648	13979	41141	981	37629
1927	8710	67139	7970	14042	21736	2631	30114
1927	9242	72151	8537	15679	22913	2187	40779
1928	9487	75209	8828	16296	22908	2181	41449
1929	9784	78266	9567	17224	23760	2353	43377
1929	10138	83455	9412	17373	23212	2253	42678
1931	10100	81833	9617	17151	23618	2173	42961

* In den Betrieben zu je 300 Arbeitstagen im Jahr beschäftigte Handlöhner, Maschinensetzer, Korrektoren, Stereotypsetzer und Drucker.

Während also in der Vorkriegszeit an 4761 Setzmaschinen 5655 Maschinensetzer beschäftigt wurden, vermehrte sich die Zahl der Setzmaschinen bis Ende 1931 auf 9817 oder um 108 Proz., die von 10817 Maschinensetzern (als Vollarbeiter zu je 300 Arbeitstagen) bedient wurden; im Jahr 1930 wurden 9712 Setzmaschinen von 11 607 Maschinensetzern in Vollarbeit bedient. Daraus ergibt sich von 1930 auf 1931 ein Rückgang der produktiven Verwertungsmöglichkeit um 6,8 Proz., während für den Handlöhner im Jahr 1931 gegenüber 1930 ein Rückgang der Beschäftigungsmöglichkeit um 12,5 Proz. zu verzeichnen war. Nach drastischer liegen die Verhältnisse für die Drucker. Im Jahr 1913 standen 15 332 Druckern und 6004 Druckerlehrlingen insgesamt 31 722 Druckmaschinen gegenüber. Im Jahr 1931 war die Zahl der Druckmaschinen auf 42 981 oder um 35,5 Proz. gestiegen, die Zahl der beschäftigten Drucker betrug jedoch im Jahr 1931 nur 16 455 oder nur 7,3 Proz. mehr als im Jahr 1913, obwohl die Zahl der Druckerlehrlinge sich rund 500-ig vergrößert hat. Nach Weltkrieger tritt über die Befastung des Druckerberufs durch Ausschaltung aus der beruflichen Tätigkeit bei einem Vergleich ihrer Beschäftigtenzahl der Jahre 1930 und 1931 hervor. Im Jahr 1930 betrug die Zahl der Vollarbeiter im Druckerberuf (zu je 300 Arbeitstagen) noch 18 710; sie ging im Jahr 1931 auf 16 455 oder um 12 Proz. zurück, also ungefähr ebenso stark wie jene der Handlöhner, und zwar trotz verringertem Lehrlingszahl. Aus Tabelle V, Spalte 3, ist ein Rückgang der Beschäftigungsmöglichkeit für die gelernten Facharbeiter im Buchdruckgewerbe seit 1928 mit 75 209 Vollarbeitern auf 61 833 oder um 19,1 Proz. im Jahr 1931 zu erkennen. In Wirklichkeit war der Grad der Beschäftigungsmöglichkeit der von der berufsgenossenschaftlichen Statistik erfassten Hauptberufsgruppen der Gehilfenschaft im Jahr 1931 noch viel größer. Nach dem Jahresbericht unseres Verbandes über 1931 waren von je 100 Handlöhnern 28 das ganze Jahr arbeitslos, von je 100 Maschinensetzern 18 und je 100 Druckern rund 30. Für das laufende Jahr werden diese Zahlen leider noch erheblich höher sein. Trotzdem verfolgen die Prinzipale zu den in nächster Woche beginnenden Verhandlungen über die bei den letzten Manteltarifverhandlungen noch offen gebliebenen Sonderbestimmungen für Hand- und Maschinenlöhne sowie für Drucker und Stereotypsetzer die Absicht, in Zukunft noch mehr Gehilfen aus dem Produktionsprozess mit Hilfe des Schlichters ausschalten zu können! — Bemerkenswert sei noch, daß in der berufsgenossenschaftlichen Statistik zur Entwicklungsfrage des T i e f d r u c k s erst seit 1924 besondere Angaben über die Zahl der Tiefdruckpressen zu finden sind. Diese sind von 1924 bis 1931 von 106 auf 184 oder innerhalb acht Jahren um 57,5 Proz. gestiegen.

Zum Schluß dieser aufschlußreichen statistischen Feststellungen der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft verdienen noch die darin enthaltenen Angaben über den Lohnanteil der Gehilfenschaft im Verhältnis zur gesamten Lohnsumme innerhalb des Bereichs der Berufsgenossenschaft besondere Beachtung. Es entfielen danach im Jahr 1913 auf 184 331 versicherungspflichtige Personen für je 300 Arbeitstagen einschließlich aller Abergstundenverdienste usw. insgesamt 224,74 Mill. M.; davon entfielen ebenfalls im Jahr 1913 auf die Gehilfen (Handlöhner, Maschinensetzer und Drucker) 102,167 Mill. M. oder 46 Proz. Im Jahr 1930 betrug die Gesamtlohnsumme für die Versiche-

rungspflichtigen 560,921 Mill. M.; davon entfielen auf die Buchdruckergehilfen nur noch 42 Proz. Im Jahr 1931 fielen von der Gesamtlohnsumme für die Versicherungspflichtigen von 457,619 Mill. M. auf die Buchdruckergehilfen nur noch 204,831 Mill. M. oder ebenfalls nur noch 42 Proz. Damit ist selbst durch die gesetzlich vorgeschriebene Unternehmerstatistik einwandfrei nachgewiesen, daß der Anteil der gelernten Buchdruckergehilfen an der Gesamtlohnsumme für die Versicherungspflichtigen des gesamten Gewerbes schon im Jahr 1931 unter den prozentualen Anteil im Jahr 1913 gesunken ist. Diese eigenartige Tatsache dürfte für das laufende Jahr infolge viel stärkerer Ausschaltung der gelernten Arbeitskräfte aus dem Produktionsprozess des Buchdruckgewerbes eine noch kräftigere Unterbrechung finden. Und trotzdem klagen die Prinzipale über eine angeblich gewachsene Befastung durch eine sogenannte Tarifstarkeit; ohne sich dessen bewußt zu werden, daß sie damit nur ihre eigne Gewerbe- und Tarifpolitik an den Pranger stellen, durch die infolge verfehlter Spekulationen im Hinblick auf die Ausweitung des mechanischen Produktionsapparates die berufliche und qualitativ erspriechlichere menschliche Arbeitskraft in den Hintergrund gedrängt und damit das Gewerbe selbst einer unheilvollen, unkollegialen und arbeiterfeindlichen Konkurrenzwirtschaft ausgeliefert worden ist!

Zur Beitragsfrage

Wenn ich zu dem Artikel „Zur Beitragsfrage“ in Nr. 93 des „Korr.“ Stellung nehme, so geschieht dies ausschließlich nur im Interesse der Solidarität und Kollegialität der Verbandsmitglieder, und ganz besonders im Interesse unserer arbeitslosen und inaktiven Kollegen. Ganz offen muß ich gestehen, daß ich mich mit dem Problem einer allgemeinen Beitragsentlastung und -stufung für die vertrieht arbeitenden Kollegen ebenfalls schon eingehend befaßt habe. Nach einer umfangreichen Statistik bin ich zu der Ansicht gekommen, daß wohl eine allgemeine Beitragsentlastung für alle noch in „Kunf“ stehenden Kollegen in Frage kommen könnte, daß aber die Einführung einer Stufung der Verbandsbeiträge unbedingt abgelehnt werden muß, und zwar aus Gründen, auf die ich noch näher eingehen werde. Nun könnten die Kollegen durch meine bestimmte Ablehnung der Stufung der Verbandsbeiträge in den Glauben verführt werden, ich sei ein sogenannter „Vollverdiener“; daß dem nicht so ist, beweist nachstehendes: Bereits ein Jahr Kurzarbeit, hiervon ein halbes Jahr mit 23 Stunden wöchentlich, 10 Proz. Lohnzuschlag 45000 M. unter Minimum 21,41 M. wöchentliche eintägige Bürgerversicherung und Verbandsbeitrag 7,15 M.; bleiben 23,41 M. Und die Restseite: fünfköpfige Familie ohne nennenswerten Nebenverdienst; kein Hauseigentum. Warum ich mich aber trotz aller Räte für eine allgemeinen Beitragsstufung einsetze, hat verschiedene Ursachen. Um der Klärung der ganzen Materie „Verbandsbeitrag“ näherzukommen, müßten die in gewissen Jotahabschnitten im „Korr.“ wiedergegebenen Arbeitslosenstatistiken der Buchdrucker in Betracht gezogen werden. Ich beschränke mich wegen Raummangels nur auf die letzte veröffentlichte Statistik, die besagt, daß von hundert Buchdruckern etwa 37 arbeitslos sind und von hundert Buchdruckern 10 vertrieht arbeiten. Bedenken wir doch: von hundert Kollegen sind 37 arbeitslos, mithin mehr als ein Drittel aller Buchdrucker; 19 Proz. arbeiten vertrieht, also etwas weniger als ein Fünftel aller Buchdrucker. Kollegen! Diese Zahlen geben immerhin zum Denken Anlaß und befehlen die Räte der erwerbslosen Kollegen sehr drastisch, wenn auch nicht verkannt werden soll, daß die vertrieht arbeitenden Kollegen ebenso von einer gewissen Härte betroffen und ebenfalls dadurch zu einem trostlosen Dasein verurteilt sind. Ich kann nicht glauben, daß die Mehrzahl der Verbandsmitglieder bei sachlicher Beurteilung der Beitragsfrage und einer etwaigen Stufung der Verbandsbeiträge einer solchen ihre Zustimmung geben wird. Meines Erachtens ist die Regelung der Beitragsfrage von eminenter Bedeutung und nicht nur Angelegenheit der noch in Arbeit stehenden, sondern auch der erwerbslosen und inaktiven Kollegen, und nicht zuletzt der Organisationsleitung selbst. Daß der weitaus größte Teil der anderen freien Gewerkschaften schon die Beitragsstufung eingeführt haben — worüber schon manche Klagen laut wurden —, sollte doch wirklich für uns Buchdrucker kein Maßstab sein.

In der Theorie ist man allzu leicht geneigt, etwas zu beginnen, das scheinbar ohne Schwierigkeiten durchführbar ist, in der Praxis aber Folgeerscheinungen nach sich zieht, die sehr schwerwiegender Natur sein können. Nach meiner Ansicht ist dem Gewerbe einer neuen Beitragsregelung nicht allzu viel Gewicht beizumessen, unzufriedene Menschen hat es von jeher gegeben, auch in Zeiten bester Konjunktur. Die Gründe für die Ablehnung einer Beitragsstufung sind mannigfacher Art. Naturgemäß folgt einer Beitragsstufung auch eine Kürzung der verschiedenen Unterhaltungsarten. Hierbei fällt ganz besonders ins Gewicht die Tatsache, daß bei einer Beitragsstufung die Not unserer erwerbslosen und inaktiven Kollegen bestimmt noch vergrößert wird. Die in unsern Reihen so sehr gelobte „Solidarität“ und „Kollegialität“ würden mit der Zeit ihre besondere Bedeutung verlieren, und mit dem Anruhen der „Pioniere der Arbeiter“ gings bergab. Wer schon einmal einen Blick in die innere Orga-

nisationsarbeit getan und sich von der riesigen Arbeit, die da geleistet werden muß, überzeugt hat, wird zugeben, daß bei einer Stufung der Beiträge von allen Verwaltungsstellen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker eine ungeheure Mehrarbeit durch Umstellung der ganzen Buchführung, Statistiken usw. verlangt wird. Die Arbeiten der einzelnen Ressorts werden noch komplizierter dadurch, daß eine große Anzahl von Kollegen eine unregelmäßige Arbeitszeit hat, d. h. wöchentlich einmal 32, dann wieder 40, dann wieder 48 Stunden usw. arbeiten. Es muß doch ausgegeben werden, daß die Neuregelung der Beiträge durch Stufung und die Kürzungen der Unterhaltungsgröße einer vollständigen Umwälzung der Kasseneingehänge innerhalb unsres Verbandes bedarf. Stellen wir uns dieses nicht so leicht vor. Auch bin ich der Ansicht, daß die einzelnen Büros mit den zur Zeit dort arbeitenden Kräften nicht auskommen werden und Neueinstellungen nicht zu umgehen sind. Alle die geküßelten Umstände, die gewiß nicht zu übersehen sind, bedingen sehr große Mehrausgaben für unser Verbandskassen, die wir uns m. E. zur Zeit nicht leisten können. — Für mich ist mit diesen Zeilen die Beitragsfrage erledigt. Die „Unzufriedenen“ sollten sich von einer neuen Beitragsregelung nicht allzu viel versprechen. Möge diesen die noch durch opferfreudige Hingabe besetzten Kollegen als Vorbild dienen.

Zum Schluß erlaube ich mir, an alle Kollegen die Frage zu stellen: „Wollen wir noch in Arbeit stehenden Kollegen dazu beitragen, daß durch eine Stufung der Verbandsbeiträge und dadurch bedingte Mindereinnahme der Verbandskassen und demzufolge Kürzungen aller Unterhaltungsarten, die Unterhaltungsgröße der arbeitslosen und inaktiven Kollegen verringert werden und dadurch die Not der Lehrgenossen noch verschlimmert wird?“ Ich sage, nein! Denn ich weiß mich eins mit tausenden und abertausenden Kollegen in den Gefilden, die lauten: Solidarität! — Kollegialität!

A. Spengler (Rönigstein i. T.).

Wir verlangen von Staat, Kommunen usw. eine gerechte Verteilung der Lasten, indem die stärkeren Schultern stärker herangezogen werden sollten. Was man jedoch von anderen verlangt, ist mit einemmal nicht mehr angebracht, sobald es sich um die eigne Person oder um Organisationen untreueis handelt. Warum soll der Verband nicht das Recht haben, Mitgliedern, denen er einen Lohn garantiert, der um gewisse Prozente höher liegt als der der übrigen Mitglieder, zu einem höheren Beitrag heranzuziehen. Ich finde dieses im sozialen Sinne liegend, ohne eine Stufung der Unterfügung nach der Beitragshöhe eintreten zu lassen. Nun zum Betrag selbst. Hier wird und muß der kommende Verbandstag Mittel und Wege finden, den Betrag wieder zu senken, zumal uns im kommenden Jahr noch ein höherer Beitrag bevorsteht. Durch die Ungleichheit der Verhältnisse ist uns leider noch ein höherer Beitrag in Unterfügungen und sonstigem einer Neubildung unterzogen werden müssen. Zu den vorhergehenden Verbandstagen ging es ja auch andersrum. Ich bin mir dessen bewußt, daß dies ein heißes Eisen ist, aber der Verbandsvorstand hat auch die verdammt Pflicht, hier nach dem Rechten zu sehen. Es sollen ja doch alles nur Kostmaßnahmen sein, die zu gegebener Zeit wieder aufgehoben werden können. Den Verantwortlichen von Unterfügungserhöhungen zu den vorhergehenden Verbandstagen möchte ich nur den Rat geben, da es sich um Kürzungen in dieser oder jener Form drehen wird, genau so Initiative bei der Stellung von Anträgen walten zu lassen, wie vordem bei den Erhöhungen. B. (Magdeburg).

Zur Aberwindung der Arbeitslosigkeit

Der neue Reichszentralrat von Scheidegger hat am 28. November der Vertreter des Vorstands des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu sich gebeten. In der Besprechung, an der Theodor Leipart und Wilhelm Eggert teilnahmen, wurden die vordringlichsten wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Fragen erörtert. Die Vertreter der Gewerkschaften haben als die wichtigste Aufgabe die Arbeitsbeschaffung im Weg öffentlicher Arbeiten bezeichnet und außerdem erneut die Aufforderung der lohnpolitischen Bestimmungen der Notverordnung vom 5. September gefordert. Sie haben sich auch für eine unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten durchgeführte Stufung eingesetzt. Auf Wunsch des Reichswehrministers hat sodann Theodor Leipart im Namen des Bundesvorstandes am 29. November die Forderungen des DGB schriftlich dargelegt und begründet. Das Schreiben lautet:

„Sehr geehrter Herr Minister, unter Bezugnahme auf die getrigte mündliche Besprechung, erlaube ich mir hiermit, Ihrem Wunsch gemäß unsere Auffassungen zu den mündlich behandelten Fragen wie folgt schriftlich mitzuteilen:

1. Die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. September 1932 ist außer Kraft zu setzen. Die in der Verordnung vom 4. September 1932 für Neueinstellungsprämien zur Verfügung gestellten 700 Millionen Reichsmark sind unverzüglich zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten zu verwenden.

Nach den Erhebungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sind im ganzen Reich in 943 erkrankten Betrieben, die vorher 191 661 Arbeitskräfte beschäftigt hatten, nach der Verordnung vom 5. September 42 218 Arbeitskräfte neu eingestellt worden. Diese Angaben beruhen auf der Reichserfassung von 19 Zentralverbänden. Sie sind nach unserer Überzeugung umfassend genug, um daraus folgern zu können, daß der Anreiz der Prämien-Steuerergüt-

schöne keinerlei nennenswerte Wirkung gehabt hat. Von unfern übrigen 11 Verbänden konnten Neueinstellungen überhaupt nicht festgestellt werden. Der größere Teil der Neueinstellungen entfällt auf die Textilindustrie (15 169) sowie auf die Metallindustrie und den Bergbau (12 638). Daß nennenswerte Fälle von Neueinstellungen der Berichtserstattung unserer Verbände entgangen sein könnten, hatten wir angeht unser weitverzweigtes Organisations mit ihnen über 13 000 Verwaltungsverstellen und rund 100 000 Betriebsräten für ausgeschloffen.

Das in der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. September vorgeordnete Recht der Unternehmer, die Löhne für die 31. bis 40. Stunde zu kürzen, hat eine große Verunsicherung in den Betrieben und zahlreiche Streiks verursacht, obwohl ein großer Teil der Unternehmer auf die Ausnutzung dieses Rechts von vornherein verzichtet hat. In der Praxis hat sich dieser Teil der Verordnung als un-durchführbar erwiesen. In 399 Betrieben mit 103 869 Beschäftigten hat die Belegschaft die Lohnkürzung abwehrten können. Hierbei haben in vielen Fällen die Schlichtungsinstanzen mitgemittelt und den Arbeitern recht gegeben. Arbeitseinstellungen fanden in 81 Betrieben statt. Immerhin sind in 544 Betrieben mit 125 018 Beschäftigten die vorher schon wiederholt gekürzten Löhne nochmals reduziert worden.

2. Die Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden muß unverzüglich als gesetzliche Maßnahme durchgeführt werden.

Die Verordnung vom 5. September sollte bei den Arbeitgebern einen Anreiz für die Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden schaffen. Die Berichtserstattung unserer Verbände zeigt, daß auch in dieser Hinsicht das System des Anreizes vollständig versagt hat. In den Betrieben, die von der Verordnung Gebrauch gemacht haben,

in Häften für Beschäftigte		
blieb die Arbeitszeit unverändert	528	120 811
wurde die Arbeitszeit verlängert	250	58 117
wurde die Arbeitszeit verkürzt	165	45 959

Verlängerte Arbeitszeit und Überstunden über 40 Wochenarbeitsstunden hinaus können angehts der Massenarbeitslosigkeit nicht länger gebudet werden.

3. Das System der Steuergutscheine ist dahin umzugestalten, daß entsprechende Steuergutscheine als Grundlage für die Finanzierung öffentlicher Arbeiten verwendet werden können.

Die bisherige Auswirkung des Systems der Steuergutscheine läßt zwei Tatsachen untreitig erkennen: Es hat sich insofern bewährt, als es bewiesen hat, daß eine öffentliche Krediterschöpfung in gewissen Grenzen möglich und mit keiner Inflationsgefahr verbunden ist; es hat insofern versagt, als es eine fühlbare Erweiterung der Produktion und Verringerung der Arbeitslosigkeit nicht gezeitigt hat. Der größte Teil der jetzigen Steuergutscheine verpaidelt sich weder in Kapital noch in Kaufkraft, während ihre Verwendung zur öffentlichen Arbeitsbeschaffung im Sinne der Vorschläge des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats vom 12. März 1932 durch die Gemeinden und andre öffentliche Körperschaften eine wirksame Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit voraussetzt. Mit ihrer Hilfe kann auch die in letzter Zeit in den Hintergrund gedrängte Siedlungstätigkeit wieder stärker gefördert werden.

Diese von uns angeregten Maßnahmen würden etwa 1 1/2 Milliarden Mark ohne geringste Inflationsgefahr für die vom ganzen Volk ersetzte Arbeitsbeschaffung freimachen und die Wiederbeschäftigung von einer Million Arbeitslosen unverzüglich ermöglichen. Damit wäre immerhin ein sichtbarer Anfang einer ernsthaften Arbeitsbeschaffung gemacht.

4. Die durch die früheren Verordnungen herbeigeführten Verschlechterungen der Sozialleistungen müssen im Rahmen der Möglichkeit rüdgängig gemacht werden;

die Versorgung der Arbeitslosen muß namentlich in dem bevorstehenden Winter ausreichend verbessert werden; jeder weitere Angriff auf die Löhne und die Rechte der Arbeiter muß unterbleiben;

die Unabdingbarkeit der Tarifverträge, die durch die Verordnung vom 5. September aufgehoben war, muß für die Zukunft unangetastet bleiben."

Die Jugend im Kampf um Deutschland

Dieses in fünf Einzelthemen aufgeschleierte Gesamthema behandelte eine Tagung des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände Ende November in Soest (Westfalen). Da dieser Reichsausschuß nahe 120 Jugendverbände verschiedener weltanschaulicher Richtungen und Bekenntnisse mit etwa 5 Millionen Jugendlichen erfährt, mußten naturgemäß auf dieser Tagung die Vertreter der verschiedenen Richtungen zu Worte kommen. Man gab vorwiegend den jüngeren Führern im Alter von 25 bis 35 Jahren Gelegenheit, als Haupt- und Aussprachredner zu folgenden Einzelstoffen Stellung nehmen zu können: die vollstliche, staatliche, wirtschaftliche, gesellschaftliche und geistige Ordnung Deutschlands.

Es war unvermeidlich, daß sich die einzelnen Themen bei der erkennbaren verwandtschaftlichen Beziehung zueinander überschneiden mußten, was aber der Debatte keineswegs abträglich gewesen ist. So zeigte sich bereits bei der Behandlung des ersten Themas, „Die vollstliche Ordnung“, daß es ohne Berührung des Themas „Die wirtschaftliche Ordnung“ kaum diskutierbar ist. Der Hauptredner zum ersten Thema stellte als Vertreter der Katholiken die Forderung nach einer neuen vollsthaften Form der Verbindung von Staat und Wirtschaft, nach einer neuen institutionellen Normung der gesellschaftlichen Bindungen heraus und kam zu dem für uns nicht unwichtigen Schluß, daß die Aufrechterhaltung einer Volksgemeinschaft ohne Beseitigung der Klassegegensätze nicht möglich sei. Das letztere konnte von den sozialistischen Rednern nur unterstrichen werden, die die Umformung der Wirtschaft in den Vordergrund rüchten und die Gleichberechtigung aller Volksteile forderten. Die Volksgemeinschaft könne nur wachsen im Sozialismus.

Der Hauptreferent zum zweiten Thema, „Die staatliche Ordnung“, kam als Vertreter der völkischkonservativen Richtung zu der Feststellung, daß der Staat um seiner selbst willen da sei. Allerdings fügte er sich zu dem Bekenntnis gewungen, daß der Staat durch die gesellschaftliche Ordnung eine Beeinflussung erfährt. Seiner Forderung nach einem autoritären Staat setzten die sozialistischen Redner die Auffassung entgegen, daß einen totalen Staat keinerlei Autorität zugebilligt werden könne. Denn wichtig sei bei der Frage der Autorität des Staates, woher der Staat diese Autorität beziehe. Für die Sozialisten käme als Autoritätsgrundlage nur die Demokratie in Frage. Die Sozialisten glauben nicht an die Festigkeit des kapitalistischen Systems und werden den Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaft wirksam nur führen können, wenn die Staatsform die Demokratie sei.

Besonders klar wurde der Standpunkt der sozialistischen Gruppe bei Behandlung der beiden Themen: „Die wirtschaftliche Ordnung“ und „Die gesellschaftliche Ordnung“, herausgestellt. Der Hauptredner zum Thema „Die wirtschaftliche Ordnung“, als einer der Führer des Laikreises, kritisierte das kapitalistische System auf das bestmögliche. Dennoch waren seine Vorschläge für eine wirtschaftliche Neu-

ordnung, die Forderung nach Verstaatlichung der Monopolindustrien und Banken, nur als sozialistische Teilfösungen anzupredigen. Während die katholische Gruppe in der Diskussion ihrer Auffassung von einer ständischen Wirtschaftsgliederung Ausdruck gab, entwickelte der Redner der sozialistischen Gruppe die Gedanken einer planwirtschaftlichen Lenkung der nationalen Produktion, setzte das Umbauprogramm der freien Gewerkschaften auseinander und wandte sich gegen die Auffassung, als ob im Sozialismus nur ein Zehnerdrittel genüge, um das Räderwerk der Wirtschaft in Gang zu bringen. Er polemisierte scharf gegen den Gedanken einer ständischen Wirtschaftsordnung wie gegen die Falschheiten des vom Referenten vertretenen nationalen Sozialismus.

Ihren Höhepunkt erreichte die Tagung zweifellos bei der Behandlung des vierten Themas: „Die gesellschaftliche Ordnung“. Der der sozialistischen Gruppe zugehörige Referent Dr. Stammer (Breslau) als Hauptredner verstand es, in ganz ausgezeichneter Weise aufzuzeigen, wie der geistige und organisatorische Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eine vollständige Revolutionierung der gesellschaftlichen Ordnung Deutschlands angebahnt hat. Die Krise des Kapitalismus hat zu einer Revolverung der Gesellschaftsstruktur geführt. Die soziale Einheit des Bürgertums ist verlorengegangen. Die Einkommen aller nichtkapitalistischen Schichten werden zusehends eingeengt. Die Arbeiterklasse gliedert sich auf. Mit aller Macht wirkt sich dieser Umwandlungsprozess der Gesellschaft auf die erwerbstätige Jugend aus. Entwiklungs- und Ausgleichsmöglichkeiten sind in dieser präkapitalistischen Gesellschaft kaum mehr vorhanden. Der Lebensraum der arbeitenden Jugend wird zerkümmert. Die kapitalistische Gesellschaft schließt sich mehr und mehr generationsmäßig nach unten ab. Auflösung und Überfüllung der Berufe, Verpöpfung der gesellschaftlichen Wanderrouten und Abzugskanäle sind die Zeichen der Zeit. Im „fünften Stand“ der erwerbslosen Arme tritt eine ganz neue Sozialgruppe auf, die ein antikapitalistisches Schicksal zusammenfaßt, obwohl sie sich aus den verschiedensten Klassen rekrutiert.

Die bürgerlich-mittelständische Jugend ist in eine proletarische Lebenslage hineingeraten. Ein Teil dieser bürgerlichen Jugend hat gewisse Vorurteile und Lebensgewohnheiten bereits abgelegt, er vermag es aber noch nicht, die Geisteshaltung des kämpfenden Jungproletariats zu teilen. Auch innerhalb des Jungproletariats herrschen gewaltige Spannungen. Es erhebt sich die Frage: Was soll werden?

Das Erlebnis des gesellschaftlichen Auflösungsprozesses bringt die Jugend in die Gefahr der Formlosigkeit. Die vom Kapitalismus ausgebeutete Jugend aller Schichten drängt irgendwie nach Einheit, nach neuem Halt. Die Gefahr der Indifferenz erzeugt eine Auflockerung der Moralvorstellungen und ein geistiges Freiwerden. In dieser Situation wird von der anderen Seite die Forderung des Generationskampfes erhoben. Weil der sozial entwürfelte bürgerliche Jugend die Wirkungsmöglichkeit in Wirtschaft und Gesellschaft verbannt ist, sucht sie durch die Übersteigerung der Begriffe Nation und Staat zu neuer Einordnung zu kommen. Sie fordert geradezu einen neuen Jugendstaat, sie will einen Sozialismus, aber es ist der Sozialismus nicht über die Klasse, sondern über die Nation. Hier ist die Gefahr eines Kurzschlusses der Gedanken vorhanden.

Der Sozialismus will keine Gleichmacherei; er ist auch bei durchgeführter Konzentration und Verstaatlichung der Produktionsmittel gesunde lebendige Gliederung. Man fordert heute auf der anderen Seite einen starken Staat, den Staat als Männerbund, als Heeresordnung, man vertickt auch bekannt sein, so ist die Galvanoplastik doch noch ein Gebiet, auf dem das Kälberkraut losgeht. Abends hielten zwei Verbandsfunktionäre Vorträge über „Den Staat einer Großstadt im Dienst der Kulturarbeit“ und „Aktuelle gewerkschaftliche Jugendfragen“. Den Vorträgen schloß sich regelmäßig eine Aussprache an.

Der Mittwoch war für die Besichtigung der Hauptfeuerwehrwache und die der Berufsberatung freigehalten. Sowohl das eine wie das andre Thema war interessant und lehrreich genug, um für eine Schulungswoche vorgesehen zu werden. In den Werkstätten der Buchdruckerlehrlingstafel fand im Rahmen des beruflichen Unterrichts eine gründliche Einführung in das Gebiet der Strich- und Rasterlegung statt. Trotz der Kürze der Zeit war es doch möglich, einen abschließenden Rundgang durch alle Arbeitsgänge vorzunehmen. Abends sprachen die Vertreter aller Spartenorganisationen. Sie gaben ein abgerundetes Bild über die Tätigkeit ihrer Berufsgruppen und trugen dazu bei, daß die kollegiale Zusammenarbeit in Zukunft auch im kleinsten Druckort zufriedenstellend sein dürfte.

Donnerstags beschäftigte man eine Großbuchbinderei und im Anschluß daran die Taubstummenanstalt. Besichtigungen können leicht ermüdend wirken, wenn man es aber versteht, auch hierin Abwechslung zu schaffen, sind die Teilnehmer zur größten Aktivität bereit. Der Berufsunterricht führte in die Organisation einer modernen Handfähererei ein. Die Räume der Leipziger Meisterschule können in ihrem planvollen Ausbau als musterträchtig und nachahmenswert bezeichnet werden, so daß sie sich für Demonstrationen zwecks auch vorzüglich eignen. Über „Das Rahmenwesen des Verbandes“ und „Den Aufbau der Sozialversicherung“ fanden abends Vorträge statt.

Freitagmorgen beschäftigte man die Bundeschule des Arbeiterports und im Anschluß daran die großen Werkstätten des Konsumvereins Leipzig-Blagwitz. Es muß großer Wert darauf gelegt werden, daß unsere Funktionäre

Schulungswochen für erwerblosle Bildungsverbandsfunktionäre

Arbeiten! hieß die Parole für jedes Werktag, an denen 40 Funktionäre des Bildungsverbandes zu einer Schulungswoche in Leipzig waren. Dienst an der Gemeinschaft sollte es sein. Immer wieder ist das in jenen Tagen betont, und heute kann man sagen, daß diesen erwerbloslen Funktionären eine Schulung zuteil wurde, wie sie in ihrer konzentrierten Art bis dahin noch nirgendwo durchgeführt ist. Die meisten Teilnehmer waren in freundschaftlichen Zimmern des Volkshaus-Fremdenheims untergebracht; dort erhielten sie auch gute und reichliche Verpflegung. Darüber hinaus hatte jeder Teilnehmer freie Hin- und Rückfahrt zur Schulungswoche. Nur unter großen Opfern der Guts und von Freunden beruflicher Bildungsbestrebungen waren die hierfür notwendigen Mittel zusammenzutreiben. Ob sie richtig angewandt sind? Nun, das Schulungsprogramm hat allen Teilnehmern große Anstrengungen auferlegt. Abschliefend wird sich aber jeder sagen, daß er ja nicht seines persönlichen Vergnügens wegen, sondern im Dienst einer großen Organisation in Leipzig war. In eine Schulungswoche muß man in dem stolzen Bewußtsein zurückdenken, die erworbenen Kenntnisse zum Nutzen gemeinsamer Arbeit verwerten zu können.

Es wird immer notwendig sein, solche Schulungsarbeit in zentralen Orten abzuhalten, weil nur hier die Möglichkeit gegeben ist, einmal für die beruflichen Belange alles Notwendige zur Hand zu haben, zum andern aber auch durch eine große Anzahl von Referenten den einzelnen Teilnehmern einen Einblick in die vielseitige Tätigkeit eines verantwortungsbewußten Funktionärs tun zu lassen. Solche Schulungswochen stellen an unermüdbliche Arbeitsfreude die allergrößten Anforderungen. Man muß von einem Teilnehmer verlangen können, daß er bereit ist, von

früh bis spät eine ganze Woche lang sich den gestellten Aufgaben zu widmen. Die hier in Frage kommende Schulungswoche sah vor, daß an jedem Morgen von 7 bis 11 Uhr zwei Beschäftigungen, nachmittags von 2 bis 5 Uhr berufsweltliche Unterricht und abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr je zwei Vorträge aus den großen Aufgabengebieten der allgemeinen Gewerkschaftsarbeit stattfanden.

Am Montag wurde eine moderne Tiefdruckerei mit all ihren Unterabteilungen und eine Fabrik zur Herstellung von Walzenmasse und fertigen Walzen besichtigt. Der berufliche Unterricht am Nachmittag begann mit einer prägnanten Einführung in die berufliche Bildungsarbeit des Kreises Leipzig. Jeder bekam Kenntnis von der vielseitigen Bildungsarbeit, von der straffen Erfassung aller Ortsgruppen und von organisatorischen Notwendigkeiten für eine erfolgreiche Berufsarbeit. Ohne eine tadellos funktionierende Organisation ist nirgendwo erprobliche Arbeit zu leisten. Im Anschluß hörten die Teilnehmer in einer Verammlung des Gaues Leipzig einen Vortrag des Kollegen Eggert (Berlin). Es ist in den größeren Städten fast immer möglich, solche zufällig stattfindende Veranstaltungen in das Programm einer Schulungswoche aufzunehmen. Den Tag beschloß ein Abend der Bildergilde, die den Teilnehmern mexikanische Musik darbot. Auf solche unterhaltende Stunden kann im Rahmen einer Schulungswoche keineswegs verzichtet werden.

Für Dienstag war die Besichtigung einer großen Farbenfabrik und die einer Schriftgießerei mit Messinglinienfabrikation vorgesehen. Bei den Besichtigungen muß man sich natürlich nach den betrieblichen und beruflichen Möglichkeiten richten. An allen Tagen kann dem beruflichen Unterricht die Besichtigung einer Druckmaschinenfabrik mit kurzer Besprechung vorausgehen. In Leipzig war es möglich, in den Lehrwerkstätten der Meisterschule eine instruktive Einführung in die Stereotypie und Galvanoplastik zu bekommen. Mag die Stereotypie in kleinem Ausmaß den meisten Kollegen

einen „reaktionären Heroismus“, der mehr Romantik ist als Wirklichkeit. Wir sehen demgegenüber die Forderung nach einem demokratischen Staat, der nicht im Widerspruch steht zur gesellschaftlichen Ordnung, dessen Autorität und Führung aus der Freiheit des Volkes erwächst. Die kommende Gesellschaftsordnung ist ein Kampfprodukt und ein soziales Erzeugnisprodukt. Die deutsche Jugendbewegung kann an beiden Stellen einlefen, sie kann Aufstufungsstation der sozialistischen Willensströme der jungen Generation werden. Dazu bedarf es aber der Herausarbeitung eines klaren gesellschaftlich-politischen Bewußtseins. Wir kommen zur neuen gesellschaftlichen Ordnung nur durch die praktische Eroberung der staatlichen Ausgangsstellen.

In der Aussprache zu diesem Thema suchten nun alle auf der Tagung vertretenen Gruppen, ihr Gesellschaftsbild dem des Sozialismus gegenüberzustellen. Es gelang ihnen aber nicht, die Hauptgedanken der sozialistischen Ordnung zu entkräften, was besonders auf den Sprecher der national-sozialistischen Gruppe zutrifft, der ein festumrissenes Bild einer gesellschaftlichen Ordnung in keiner Weise darstellen vermochte. Er beschränkte sich vorwiegend auf eine Kritik an der Arbeit des Reichsausschusses, die gar nicht am Platz war. Bei dem letzten Thema, „Die geistige Ordnung“, kam es noch zu einer klaren Auseinandersetzung zwischen den Weltanschauungsgruppen der beiden Kirchen und der sozialistischen Jugend. Dem Versuch des Hauptredners, den Drang zur Gemeinschaft auf das Religiöse überzuführen, begegnete der sozialistische Sprecher mit der Erklärung, daß breite Schichten des deutschen Volkes zur geistigen Ordnung der Kirchen kein Verhältnis mehr finden können. Er hob besonders hervor, daß die sozialistische Bewegung ihre stärksten Impulse aus dem Solidaritätsdenken der Arbeiterschaft beziehe und es den Sozialisten durchaus sinnvoll erscheine, wenn sie die Spanne ihres Lebens zur Arbeit für die Millionen der Enterbten ausnützen.

Daß es in einer Zeit größter politischer Verwirrung möglich war, junge Menschen ganz verschiedener und entgegengesetzlicher Anschauungen zu einer Aussprache zusammenzubringen, die sachlich und mit Achtung vor dem Andersdenkenden geführt wurde, daß dem kapitalistischen System in seinem der Redner ein Verteidiger erstand, vielmehr alle Sprecher nichtsozialistischer Gruppen gewungen waren, sich mit dem Sozialismus auseinanderzusetzen, wobei die sozialistische Gruppe festzustellen vermochte, daß auch Kreise der sogenannten bürgerlichen Jugend den Sozialismus zu verstehen beginnen, scheint uns das Positive dieser Jugendführertagung zu sein.

Korrespondenzen

Berlin. (H a n d s e h e r.) Unsere verhältnismäßig gut heutige Werbestimmung am 15. November wurde vom Vorsitzenden P i e t s h mit dem Hinweis eröffnet, daß wir durch den angelegten Vortrag für die Sparte werden wirken wollen; die festliche Umrahmung der Veranstaltung sollte dazu beitragen, daß unsere Kollegen in dieser schweren und ersten Zeit die Sorgen des Alltags aus einmal auf einige Stunden vergessen. Nachdem das Typoquartett zwei erste Veder wirksam zu Gehör gebracht hatte, nahm Kollege Otto F i e d l e r das Wort zu seinem Vortrag: „Warum Handseherpartei?“ Zuerst behandelte der Referent die gegenwärtige gewerkschaftliche Lage und führte u. a. aus: Die Werbestandlagen der Gewerkschaften sind eine bittere Notwendigkeit. Nach dem Krieg waren acht Millionen organisierter Arbeiter vorhanden und heute ist diese einst so stattliche Zahl auf rund vier Millionen zurückgegangen. Es gilt jetzt wieder, durch rastlose Arbeit das Verlorene zurückzuerobern und die großen Teile der deutschen Arbeiter-

schaft, die heute noch nicht zum Klassenbewußtsein erwacht sind, aufzurütteln und für die Gewerkschaften zu gewinnen. Durch die selbige Zerschmetterung der deutschen Arbeiterschaft ist die Reaktion stark gewachsen. Es droht der Sturm reaktionärer Gewalten uns das zu vernichten, was wir in mühsamer Arbeit aufgebaut haben. Wir stehen vor der größten geschichtlichen Entscheidung, und es wird sich schon in der nächsten Zeit zeigen, ob wir oder die andern den Staat beherrschen. Kollege Fiedler führte nun in großen Zügen den aufmerksamen Zuhörern die Entfaltung der Handseherpartei vor Augen und wies treffend deren Notwendigkeit nach. Als letzte in die Reihe der Sparten, die schon seit mehr als 30 Jahren bestehen, gliederten sich die Handseher, einstimmig anerkannt auf dem Verbandstag in Frankfurt a. M. Die Sparten sind heute ein unentbehrlicher Bestandteil der Organisation. Die Berufsgliederung ist notwendig. Die Zulassung der Handseherpartei hat sich nicht nur als ein Segen für die Handseher, sondern auch für die gesamte Organisation erwiesen. Seit ihrer Gründung hat unsere Zentralkommission Außerordentliches geleistet. Durch den Siegeslauf der Sechsmaschine und durch das Maternowesen sind die Handseher immer mehr verdrängt worden. Zählten wir früher 75 Proz. aller Verbandsmitglieder, so ist jetzt festzustellen, daß diese Zahl auf 47 Proz. zurückgegangen ist. Nur die Handseher und Schriftgießer sind zurückgeblieben, alle andern Berufswege nicht. Das Arbeitsfeld der Handseher ist gegen früher durch die technische Entwicklung stark eingeeignet worden. Die Behauptung der Unternehmer von der Unrentabilität der Handseher ist falsch, denn unsere Tätigkeit im Gewerbe ist durch die Spezialisierung gerade in der heutigen Zeit neuverwertend und müßte erst recht anerkannt werden. Die Zusammenarbeit mit den übrigen Sparten ist gut. Mit dem Bildungsverband bestehen 75 Arbeitgemeinschaften im Reich. Bei den jetzt bevorstehenden Tarifverhandlungen über die Anlage A handelt es sich nicht nur um die geringe Zahl der Berechner, sondern um uns alle. In den Berufsgruppen aller Sparten gibt es heute nicht mehr ein Nebeneinander, sondern ein Miteinander in den Vordergrund zu stellen. Nur das Zusammenwirken mit Verbandsvorstand und Sparten wird und muß sich für unsere Berufsstände auswirken. Das ist nicht nur unsere Auffassung, sondern auch die des Verbandsvorstandes. Bis jetzt sind 15 000 Kollegen, etwa ein Drittel aller Handseher, Mitglieder der Sparte. Wir müssen nicht nur in den Werbestandlagen, sondern besonders in den Betrieben die noch fernstehenden Kollegen für die Sparte gewinnen. Ein jedes Mitsied muß werben für die Sparte wirken. Es gilt, die Reihen unserer Vereinigungen zu füllen. Darum an die Arbeit: Handseher, euer Weg führt zur Sparte! Lebhafter Beifall dankte dem Referenten für seine überzeugenden und vortrefflichen Ausführungen. Der nun folgende abwechslungsreiche Unterhaltungsteil wurde flott durchgeführt. Sowie das beliebte Typoquartett, wie auch Herr Kammerfänger Rio Kube, der Vortragskünstler Philipp Neuber und die Kapelle Borchard — alle ernteten für ihre Darbietungen hitzigen Beifall und trugen zum guten Gelingen des Abends in äußerst anerkannter Weise bei. Als Erfolg der Werbestimmung ist außerdem zu verzeichnen, daß verschiedene Kollegen als neue Spartenmitglieder gewonnen wurden. Zum Schluß ermahnte Kollege P i e t s h die Kollegen, daß in Zukunft die Versammlungen ebenso zu besuchen, wie es bei der Werbestimmung der Fall war.

Bielefeld. Unsere Versammlung am 13. November ehrte zunächst das Andenken an die Kollegen Otto Mrow und Joseph Bertram. Sodann hielt Lehrer L a d e b e c k einen mit großem Interesse aufgenommenen Vortrag über „Sozialismus im Kulturkampf“. Die augenblicklichen wirtschaftlichen Misse trafen zeigte der Referent mit aller Deutlichkeit die Ziele der heutigen Nachhaber auf, deren Streben dahin geht, die Arbeiterschaft in ihre alte politische Abhängigkeit zurückzuführen. Es komme auf die Geschlossenheit des gesamten Proletariats an, dieses zu verhindern. Die nun folgenden „Bereinstimmungen“ nahmen die ganze Versammlungszeit in Anspruch. Vorsitzender S t r a t h m a n wies auf ordnungsmäßige Ausführung und pünktliche Abfertigung der Verbandsstatistik hin. Die Sätze für die Weihnachtunterstützung des Gauwes wurden bekannt gegeben, ferner, daß ein achtwöchiger Erwerbslosenkurs für Kollegen bis zum Alter von 23 Jahren mit finanzieller Unterstützung des Arbeitsamts stattfinden soll. Dann riefte der Vorsitzende, daß bei den Firmen Besuchen & Klafing und E. Gundlach W. G. mehrere Drucker von auswärtigen angefangen haben, während heute noch 60 Drucker im Bezirk Bielefeld arbeitslos sind. Die Kollegen sind von Leipzig, Magdeburg, Sagen und Dortmund nach hier geholt, ohne vorher beim zuständigen Gauvorsitzer angefragt zu haben. Es wurde sowohl das unkollegiale und statutenwidrige Verhalten der von auswärtig zugereisten Kollegen, wie auch die Handlungsweise der Firmen stark verurteilt, denn unter der großen Zahl arbeitsloser Drucker im hiesigen Bezirk befinden sich sicher Kollegen, die den untergeschlichsten Ansprüchen genügen. Besonders verurteilt wurde das Verhalten eines Betriebsratsmitgliedes der Firma Wehagen & Klafing, der vor sich aus einen Druckerkollegen nach hier geholt hatte. Diefelbe Firma hatte einem bereits zwei Jahre arbeitslosen Kollegen Arbeit unter Minimum angeboten, was aber vom Ortsvorstand unterbunden wurde. Weitere Kollegen von auswärtig seien vor Konditionsannahme in Bielefeld ohne vorherige Erkundigung beim Gauvorsitzer in ihrem eignen Interesse gewarnt.

Breslau. (H a n d s e h e r.) Im Rahmen der Werbestimmung fand hier eine gut besuchte Versammlung der hiesigen Handseher statt. Kollege F i e g e hielt an diesem Abend ein Referat mit dem Thema „Verband und Sparte“. Seine Ausführungen boten sehr viel Wissenswertes und fanden den Beifall der Versammlung. Mühsenwert wäre es gewesen, daß diesen Vortrag alle Fernstehenden gehört hätten, ganz besonders diejenigen, die unserer Sparte noch fremd gegenüberstehen. Nach einer Aussprache hierüber wurde ein Nichtüberdortvortrag „Wanderung im Reichardt“ durchgeführt. Unter den gegebenen Verhältnissen wird es kaum möglich sein, eine derartige seltene Wanderung als Ferienerholung auszuführen. Wir müssen mit einer Wanderung im Odbertal fückel nehmen, die auch ihre Reize besitzt. In der weiteren Aussprache konnte mitgeteilt

werden, daß das Handsehertreffen 1933 im Frühjahr in Liegnitz stattfinden. Einzelheiten hierüber liegen sich noch nicht mitteilen. Die Liegnitzer Kollegen bürden dafür, daß dieses Treffen sich würdig den früheren anreihen wird. Nach einer eingehenden Aussprache über die Anlage A des Tarifs fand die Versammlung ihr Ende.

Gl. Düsseldorf. (H a n d s e h e r.) Der Einladung unzer Vereinigung zu einer Werbestimmung am 11. u. 12. u. 13. waren die hiesigen Kollegen leider nicht sehr zahlreich gefolgt. Nach einer Einleitung des Vorsitzenden L i n d e r m a n n erhielt der Referent, Kollege G. S t r e i c h (Eifen), das Wort. Zu seinen Ausführungen ging er ganz besonders auf die Notwendigkeit des Bestehens der Handseherpartei ein. An Hand reichlichen und gut zusammengestellten Materials führte er den Anwesenden klar vor Augen, welche Gefahren gerade dem Handseher in heutiger Zeit entgehen können. Im engsten Einvernehmen mit dem Bildungsverband müsse überall den Kollegen die unbedingt notwendige Aufklärung und das Rüstzeug mitgegeben werden, um im Kampf um die Existenz ihren Mann stehen zu können. Klar unterstrich auch der Referent, daß der Bildungsverband die Handseherpartei nicht ersetzen könne, da die Aufgaben der Handseherpartei auf tariflichem und organisatorischem Gebiet grunderheblicher behandelt werden müssen. Es lohnte sich wirklich, dem Kollegen Streich in seinen Gedankengängen zu folgen, der manchem durch Abwesenheit glänzenden Handseher vielleicht doch noch die Überzeugung gebracht hätte, daß durch Abstehtehen nichts zu erreichen, aber viel zu verlieren ist. Leider ist die heutige Zeit leicht dazu angetan, viele mutlos werden zu lassen. Wenn wir nicht vollständig unter den Hammer kommen wollen, müssen wir uns recht bald besinnen, andre Wege zu gehen, denn nur durch enges Zusammenstehen können wir unsere Lage bessern. Nachdem Kollege L i n d e r m a n n dem Referenten den Dank der Versammlung abgestattet hatte, brachten in der Aussprache alle Kollegen zum Ausdruck, daß der Referent die Sprache geführt habe, die heute Gemeingut aller sein müßte. An Hand einiger Beispiele zeigte Kollege B ö h r i n g e r gerade dem Handseher, wo notwendig für ihn die Sparte ist, um über alle Gegenwartsfragen aufgeklärt zu werden. Zum Schluß verließen noch einige gemütsliche Stunden für Humor und Geselligkeit, die die Beteiligten noch in später Abendstunde zusammenhielt. — In unserer Versammlung am 26. November gedachte Kollege L i n d e r m a n n zunächst in ehrenden Worten des verstorbenen ehemaligen Gauvorsitzers Bertram (Röln). Nach Erledigung geschäftlicher Mitteilungen wurde durch Kollegen S c h m e d d i n g eine Rundbenbung des Kollegen Gehrmann (Frankfurt) besprochen. Auf Anregung der Anwesenden sollen auch die Entwürfe und Arbeiten der Düsseldorf Handseher zu einer Rundbenbung aufgenommen werden. Außerdem wurde noch einige örtliche Angelegenheiten erörtert. Für Weitergestaltung der Zeitungsinserte finden jeden Monat besondere Beratungen statt. Unter Leitung des Kollegen L i n d e r m a n n sind sehr gute Erfolge erzielt worden. Ein Besuch der Ausstellung „Die Schrift in der Schule und im Beruf“ hatte reges Interesse bei den Kollegen erweckt. Die Veranstalter waren das Schriftmuseum Rudolf Blanders (Berlin) und der Schriftkunstreier. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Düsseldorf Handseherpartei praktische Arbeit geleistet hat. Hoffen wir, daß sich recht bald noch fernstehenden Kollegen der Sparte anschließen.

Erfangen. In unserer Bezirksversammlung am 13. November konnte Vorsitzender S c h r e i e r eine ziemlich große Zahl von Mitgliedern sowie den Gewerbelehrer, Kollegen Reibinger (Münzberg), begrüßen. Nach dem Bericht des Referenten T r i e r hielt Kollege L e d i n g e r einen sehr interessanten Vortrag über die „Berufsbildung“. Zu vorerfreite er kurz die wirtschaftliche Lage und berichtete, daß 38 Proz. der Verbandsmitglieder voll-erwerbslos sind. Entlassungen sind nicht aus sozialen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen erfolgt. Unzweifelhaft sei heute, daß sich jeder Kollege an der Berufsbildung beteilige. Der beruflich tätige Kollege werde stets im Vorteil sein gegenüber dem technisch mangelhaft ausgebildeten. Wir seien heute schon so weit, daß auch Hochschüler den technischen Beruf ergreifen, da sie bald keine andre Wahl mehr haben. Durch die Vervollkommnung der Sechsmaschinen von Jahr zu Jahr sei man heute schon in der Lage, schematisierten Abzweigungen heraufzulegen. Das bedeute auch für die Zukunft eine weitere Einsparung von Arbeitskräften. Deshalb berufliche Fortbildung, wenn wir das Tempo der Schematisierung, Typisierung und Rationalisierung verlangen wollen. Haben wir von der beruflichen Fortbildung Nutzen zu erwarten? Jeder Arbeitstote, ebenso der in Arbeit stehende Kollege habe die Verpflichtung, sich fortzubilden, wenn wir verhindern wollen, daß sich andre Berufsgruppen in unserm Arbeitsgebiet breit machen. Reicher Beifall war der Dank für den interessanten Vortrag. Nach Erledigung der Tagesordnung schloß der Vorsitzende mit dem Wunsch, sich rechtlos an den Bildungsbestrebungen zu beteiligen, die Versammlung.

Salle a. d. S. Unsere Versammlung am 11. November fand wiederum unter guter Beteiligung statt. Von besonderer Bedeutung war diesmal u. a. der Vortrag des bekannten Professors K e i c h w e i n (Salle) über „Wapens Augenhandelspolitik“ — sozialistische Augenhandelspolitik“. Der Referent verstand es, in einflussigen Ausführungen den Versammelten vor Augen zu führen, wie verheerend sich der kapitalistische Weltwirtschaftskampf, dessen Wirken sich der bisherige — ungenügende a. D. gewordene — Reichstanzler in seiner Augenhandelspolitik zur Nichtsahnung dienen ließ, auswirken muß. Auf die Ausführungen in dieser Richtung näher einzugehen, erübrigt sich, da dieses Thema bereits im „Korr.“ behandelt wurde. Der reiche Beifall am Schluß des Vortrages bewies, daß besonders die bisher nicht gehörten Argumente und die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen bei dem weitans größten Teil der Versammelten entsprechende Beachtung gefunden hatten. Daß selbstverständlich einige „wirdliche“ Vertreter der Arbeiterinteressen „etwas“ auszufragen hatten, möge nur nebenbei erwähnt werden. Es zu wiederholen, lohnt wirklich nicht, da es ja immer daselbe ist. Der nächste Punkt veranlaßte den Vorsitzenden, die im vorigen Versammlungsbericht des hiesigen „Klassenkampf“-Organs enthaltenen Entstellungen und Verberchungen zurückzuweisen. Auch der erwerbslose Kollege B ö h l e r unterstrich die Ausführungen des Vorsitzenden — es handelte sich um eine Verhöhnung und Ver-

mit den Einrichtungen der Arbeiterschaft in jeder Weise vertraut sind. Nichts trägt mehr dazu bei als ein Anschauungsunterricht an Ort und Stelle. Für den Nachmittag war eine berufliche Einführung in das große Gebiet der modernen Druckmaschinen in den Werkstätten der Meisterlehre vorgesehen. Erst Vergleichliche machen es möglich, sich ein umfassendes Bild über die modernsten technischen Erzeugnisse zu machen. Abends wurde über „Das Unfallversicherungswesen“ und über „Das bürgerliche Gesetzbuch“ referiert.

Auch am Sonnabend fanden noch zwei Besichtigungen statt. Zuerst konnte den Teilnehmern eine der größten Leipziger Buchdruckereien in allen ihren Abteilungen gezeigt werden. Als letzte Besichtigung war das Völkerkundliche Museum vorgesehen. Nach dem Mittagessen fand man sich zum letztenmal zusammen und hörte ein großangelegtes Referat über „Arbeitsgerichtsbarkeit und Betriebsratsrecht“.

Aus dieser kurzen Aufzählung einer durchgeführten Schulungswoche geht deutlich hervor, was man bewußt den Teilnehmern bieten wollte. Neben den beruflichen Dingen, die leicht so aufgefaßt werden können, als würden sie zum persönlichen Vorteil des Teilnehmers geboten, fanden die wichtigsten Fragen über die Tätigkeit des Funktionärs in der modernen Arbeiterbewegung. Die Auswirkung solcher Schulungswochen muß sich im Organisationsleben sehr stark bemerkbar machen, wenn die Ortsgruppen es verstehen, ihre entlassenen Kollegen in den Dienst der Bewegung zu stellen. Es war möglich, in einer Woche bei rund vierzig Teilnehmern 12 Besichtigungen, 6 Druckmaschinenstellungen, 6 Berufsverträge und 12 Vorträge allgemeiner und gewerkschaftlicher Art durchzuführen. Schon diese Zahlen beweisen die Wichtigkeit derartiger Schulungswochen, weil sie uns Funktionäre heranbilden helfen, die über ein umfassendes Wissen auf beruflichen und gewerkschaftlichen Gebieten verfügen. G e r h a r d H a n s s h (Leipzig).

ächtlichmachung der Erwerbslosen — und forderte von dem Berichterstatter der „Oppo“, in Zukunft mehr Objektivität und Anstandspflicht zu wahren (das wird er natürlich vergeblich gefordert haben). Unter dem nächsten Punkt wurde die diesjährige Vorstandswahl behandelt. Als Endtermin für die Einreichung von Vorschlägen — infolge der zwei Gauvorstandsbeisitzer — wurde der 6. Dezember festgelegt, da für Sonntag, den 11. Dezember, die Generalversammlung festgelegt ist und in dieser die Vorstandswahl stattfindet. Ein weniger befriedigender Beschluß mußte gefaßt werden, nämlich den bisherigen Satz des Ortsvereins für Durchreisende zu kürzen, und zwar von 2 Mk. auf 1,50 Mk. für Ausgewerkte und Nichtbezugsberechtigte und von 75 Pf. auf 50 Pf. für Bezugsberechtigte. Daß es nur auf Grund der gegenwärtigen Verhältnisse geschehen mußte und hoffentlich nur ein vorübergehender Zustand sein möge, sei nur nebenbei erwähnt. Namentlich erkrankte Kassierer *F e u e r h a n* den Kassenbericht zum dritten Quartal, der natürlich ebenfalls ein Spiegelbild der heutigen Verhältnisse war. Aber auch hier mußte ein vorgeschobener Kollege von der reaktionären Seite wiederum „opponieren“, weil der Vorstand sich erlaubt habe, einen immerhin geringen Betrag für die Abwehraktion gegen den Faschismus auszuweisen. Sedenfalls konnte sich die Opposition mit der praktischen Abwehr, im Gegensatz zu ihrem „Abwehrkampf“, nicht befremden, weil es eben eine wirkliche Abwehr darstellt. Unter Punkt „Beschließenes“ machte Kollege *K i e b e n s t a h* noch auf die Einstellungstermine und die Rechtschaffenheit aufmerksam und beleuchtete am Schluß der Versammlung die gegenwärtig grassierende Seuche hinsichtlich der Gas- und Luftschubhörungen in den hiesigen Betrieben, die uns als Kriegsgegner nicht interessieren könnte, aber auf der anderen Seite das wohlwollende Verständnis der Prinzipale bewundern läßt, die sonst immer über jeden Zeitverlust ein unerbittliches Klagegeld anstimmten. Mit einem aufmunternden Appell zur weiteren aktiven Mitarbeit wurde darauf die Versammlung geschlossen.

Krefeld. In der *B e z i r k s v e r s a m m l u n g* am 13. November tagte in *M.-Glöbada* und erstreckte sich eines sehr guten Besuchs. Eingeleitet wurde die Tagung mit zwei Viedern des Kollegengangsvereins „Gutenberg“ *M.-Glöbada* und des „Mithram-Ghros“ *M.-Glöbada* als Chorgemeinschaft. Darauf folgte ein ehrender Nachruf für unsern so unerwartet verstorbenen früheren Gauvorsteher *Joseph Bettram*. Weiter gedachte man der verstorbenen Kollegen *Mitrow* (*Bielefeld*) und *Fritz Graaf* (*Krefeld*). Zum stillen Gedenken dieser Toten verkehrte man schweigend einige Minuten, währenddem die Chorgemeinschaft das Totenlied „Stille Nacht“ ergreifend zu Gehör brachte. Eine besondere Note bildete die Anwesenheit unseres Gauvorstehers *P ö s c h e r* (*Köln*), der über das Thema „Organisatorische und tarifliche Gegenwartsfragen“ referierte. Seine Ausführungen fanden eine aufmerksamste Zuhörerfülle. Gegen die Ortszuschläge der niederrheinischen Druckorte laufen die Prinzipale seit länger Zeit Sturm, weil sie ihnen zu hoch erschienen. Von der Notverordnung zur Anturlöschung der Wirtschaft haben im Gau zwei Firmen Gebrauch gemacht, die Einstellungen von Hilfsarbeitern vornehmen und dem Buchdruckerpersonal, das diesem nicht zu tun hätte, Lohnentzüge auferlegten. Auch auf den Konflikt im Düsseldorf Industrieverband, der mit einem abgeblasenen Streik endete und eine große Zahl von Opfern auf der Strecke ließ, ging der Referent ein. Zum Schluß seiner Ausführungen ermahnte er in Anbetracht der Wirtschaftsmisere jeden in Arbeit Stehenden zu pünktlicher Beitragsabführung. Ein kräftiges „Freiheit“ ließ alle Teilnehmer begeistert einstimmen. Die Aussprache war vornehmlich auf den Düsseldorf Konflikt eingeleitet. Sie ließ erkennen, daß man in dem stehenden Ausschlußverfahren Gnade vor Recht ergehen lassen möge. Im übrigen verließ die Aussprache sehr sachlich, bis auf eine Ausnahme, in der der Redner mehr aus politischen als gewerkschaftlichen Gründen sprach und die alte, abgeleitete Parole wieder aufgriff. Der sonstige Beratungsstoff brachte die Entlastung des Kassierers, der über das zweite und dritte Quartal Bericht zu erstatten hatte. Es wurde das starke Anschwellen der Restanten mit aller Schärfe verurteilt und dem Vorstand anheimgestellt, schärfer als bisher den Restanten entgegenzutreten. Mitteilungen und Berlegung einiger Eingänge rundeten die letzte diesjährige Bezirksversammlung ab.

München. In der *W i e r t e l j a h r s b e r i c h t*. Am 30. September fand eine Versammlung statt, die nach zukünftiger Erlebigung von 17 Aufnahmegeräten und Kenntnisnahme verschiedener Verwaltungsangelegenheiten nach längerer Aussprache einem Wunsch der Erwerbslosen betreffend Anerkennung eines Erwerbslosenausschusses zustimmte. Eine Entschließung der erwerbslosen Drucker, in der die Tarifvertreter, Gau- und Ortsvorstand sowie der Bezirksmaschinenmeisterverein erlucht werden, die Betriebe schärfer zu überwachen, um die sich immer mehr bemerkbar machenden Umgehungen des Tarifs und der Sonderbestimmungen der Drucker abstellen zu können, wurde ebenfalls zur Kenntnis genommen. Mit dieser Versammlung war auch die Ehrung von 16 Verbandsjudikaren mit 100- und 50-jähriger Mitgliedschaft verbunden. Unser Kollegengangsverein eröffnete und schloß den Ehrungsakt mit dem Vortrag mehrerer Chöre. Im Auftrag des Ortsvorstandes richtete Kollege *S ö b n e r* an die Jubilare herzliche Worte der Anerkennung für ihr treues Festhalten an der Organisation selbst in den schwierigsten Zeiten; er ermahnte die jüngeren Kollegen, sich die Jubilare zum Vorbild zu nehmen. Die Glückwünsche des Verbands- und Gauvorstandes übermittelte ebenso herzlich Kollege *D ö h l i n g*. Am Anfang der Versammlung wurde der Rede vorbenannt, darunter des langjährigen Kassierers des Ortsvereins, *Hermann Dreifol*, ehrend gedacht. — Am 6. Oktober war eine Versammlung der erwerbslosen Buchdrucker. Der zweite Vorsitzende des *ADGB*, Ortsauschuß *München*, *A n t o n F r i e d*, hielt einen aufschlußreichen Vortrag über die Unterstellungen und die Notlage in der Arbeitslosensfrage und beim Wohlfahrtsamt. In dieser Versammlung wurde dann ein Erwerbslosenausschuß gewählt, dem zwei Drucker, zwei Maschinenferner und drei sandelner angehören. Die Aussprache drehte sich hauptsächlich um eine Frage des Arbeitsnachweises, die Rückrufbestrebungen, und brachte verschiedene Anregungen, bei deren Beachtung die Erwerbslosen erwarten, wieder eher in den Produktionsprozeß eingeschaltet werden zu können. — In

der Zeit vom 28. Oktober bis 26. November fand in verschiedenen größeren Lokalen wöchentlich je eine Stadt-Bezirksversammlung für die in der Umgebung der Versammlungsorte liegenden größeren und kleineren Druckereien statt. Mit diesem Versuch gelang es, das Interesse für die Vorgänge in der Organisation und für die wirtschaftliche Lage im Beruf und im allgemeinen mehr zu wecken als dies in den großen Mitteilerversammlungen möglich ist, denn diese Stadt-Bezirksversammlungen weisen einen guten Besuch auf. Es soll deshalb zu gegebener Zeit wieder auf diesen Modus zurückgegriffen werden. In allen diesen Versammlungen hielt zweiter Gauvorsteher *C h e r t* einleitend einen Vortrag über die gegenwärtige Wirtschaftskrise, die zu ihrer Abwehr erlassenen Notverordnungen und die Abwehrmaßnahmen der Gewerkschaften dagegen. Ausgehend von der falschen Ansicht aller Spieler, daß an der Krise nur die Gewerkschaften schuld seien, zeigte der Redner auf, daß es auch schon früher Krisen, wenn auch allerdings nicht in diesem trostlosen Ausmaß, gegeben hat, und daß alle die wirtschaftlichen Maßnahmen, die sich in den Notverordnungen auswirken sollen, eher dazu angetan sind, die Lage zu verschärfen als sie zu bessern. In der Gegenwart habe sich der Aufstieg des kapitalistischen Wirtschaftssystems in allen seinen Formen (Krisis, Preisbindungen, falsche Kapitalinvestition usw.) deutlich gezeigt, und es sei eigentlich, daß diese Krise ihre große Schuld an dem gegenwärtigen Zustand nicht erkennen, sondern mit dem Gehwäh über den Marxismus darüber hinwegzulaufen wollen, daß mit ihren falschen Maßnahmen keine Änderung herbeigeführt werden kann. Die Gewerkschaften hätten schon oft Vorschläge zur Überwindung der Krise gemacht, die aber nicht anerkannt wurden, weil sie zum Teil in die kapitalistische Wirtschaftsform eingegriffen hätten. Den Abschluß der Versammlungen bildeten Ansprachen über Verhältnisse in den einzelnen Druckereien, Anregungen zur Besehung von Missständen und Aufklärungen über organisatorische Fragen.

Allgemeine Rundschau

Nachahmensewertes Beispiel. Der *V a r u e l l s c h e* Zeitungsverlag in *Nachen* ehrte durch seinen geschäftsführenden Direktor einen Korrespondenten am Tage seiner 50-jährigen Betriebszugehörigkeit, der zugleich sein 50-jähriges Berufsjubiläum war, durch ein recht namhaftes Geldgeschenk sowie durch Überreichung weiterer praktischer Geschenke. Es ist dies schon der zweite 50er Jubilär in dem genannten Betrieb, außerdem ist noch eine Reihe von Betriebsangehörigen vorhanden, die 40 und 25 Jahre dort beschäftigt sind.

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer in *Mürzburg* bestand der Seherkollege *Hugo Stähler* aus *Dehrnfurt a. M.* die Meisterprüfung.

Schiffenprüfung. In *Schneidmühl* unterzogen sich am 27. November fünf Seherkollegen der Schiffenprüfung. Von diesen erhielten im Praktischen vier die Note „Genügend“, im Theoretischen einer die Note „Gut“, drei „Genügend“. Ein Seherkollege aus *Wredau* bestand die Prüfung nicht. Bemerkenswert bei dieser Gelegenheit, daß durch die Arbeitspraxis in der *Brillbuchdruckerei* die „Ganzleistungen“ in der *Lehrdrucker* bei der Zwischenprüfung jenseit widerlegt werden, wenn diese auch als „selbst entworfen und gesetzt“ bescheinigt worden sind.

Anturlöschung des graphischen Gewerbes durch das Papenprogramm? Die Stadt *Leipzig*, einer der bedeutendsten Druckorte Deutschlands, eignet sich besonders dazu, Feststellungen zu machen, inwieweit das Programm der Papenregierung zur Anturlöschung der Wirtschaft beigelegt habe. Die dortige Industrie- und Handelskammer hat es sich angelegen sein lassen, die Auswirkung der Notverordnung zur Besehung der Wirtschaft insbesondere hinsichtlich der in ihrem Bezirk vorgenommenen Mehrereinstellungen genau zu prüfen. Die Erhebung erstreckte sich auf die Wochen vom 28. September bis 25. Oktober. Die Kammer äußerte sich über die Ergebnisse der Feststellungen in dem Sinne, daß die auf die Maßnahmen der Reichsregierung zurückzuführenen Mehrereinstellungen sich im Leipziger Industriebezirk in der oben angegebenen Zeit auf 800 Fälle besaßen. Dabei ist es im einzelnen ungenügend, inwieweit es sich um echte Arbeitsmehrung oder um Mehrereinstellungen mit Arbeitsfreudung handelt. Nur 25 Firmen haben von dem Recht der Lohnkürzung Gebrauch gemacht. Das graphische Gewerbe hat nach Beilegung eines diesbezüglichen entstandenen Streits von jeder Lohnkürzung abgesehen. „Bedeutend ist die Feststellung der Leipziger Industrie- und Handelskammer, daß bei der großen Mehrzahl der Betriebe eine Mehrereinstellung von Arbeitskräften mit einer Arbeitsfreudung nicht verbunden gewesen ist. Die über das Maß der üblichen oder saisonbedingten hinausgehenden Mehrereinstellungen verteilten sich im Bezirk der Industrie- und Handelskammer *Leipzig* mit 17,2 Proz. auf das graphische Gewerbe, 30,7 Proz. auf die Textilindustrie, 5,6 Proz. auf das Bekleidungs-gewerbe, 4,9 Proz. auf die Metallindustrie, 2,6 Proz. auf das Holzgewerbe, 1,6 Proz. auf das Nahrungsmittelgewerbe und 31,4 Proz. auf das Handels- und Verkehrsgewerbe. Die Kammer stellt selbst fest, daß die auf Grund der Notverordnungen verursachten Mehrereinstellungen für das graphische Gewerbe mit der Bedeutung dieser Gruppe im Leipziger Wirtschaftsleben nicht im Entlang ständen, zumal man nicht auseinanderhalten könnte, wie die saisonbedingte Arbeitsmehrung dabei mitgewirkt habe. Im Gesamtvergleich stellte sich der Erfolg der Regierungsmaßnahmen hinsichtlich der dadurch bedingten Mehrereinstellungen, umgerechnet auf die Zahl der in *Leipzig* überhaupt beschäftigten Arbeitnehmer, auf rund 0,4 Proz. Eine verschwindend geringe Zahl von Buchdruckern hat, wenn man die große Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe damit in Vergleich stellt, in *Leipzig* durch das Papenprogramm Arbeit bekommen. Ähnlich wie es auch in anderen Städten ausseh. Jedenfalls dürfte es feststehen, daß das graphische Gewerbe von dem Papenprogramm wenig Nutzen gehabt hat.

Neihsstärkung für Gravure- und Ziseleure. Nach langwierigen Verhandlungen ist ein neuer Neihsstärkung für das Gravure- und Ziseleuregewerbe zustande gekommen. Dieser regelt die allgemeinen Arbeitsbedingungen und in einem Anhang die Entlohnung sämtlicher im Gewerbe beschäftigten Arbeiter. Die Unternehmer hatten weitgehende Verschlechterungen gefordert, so Kürzung des Urlaubs und der

Urlaubsbezahlung um rund die Hälfte, Kürzung der Bezahlung für Überstunden und Sonntagsarbeit, Verschlechterungen in der Eingruppierung und Senkung der Tariflöhne um 10 Proz. Alles in allem bedeuteten die Forderungen der Unternehmer eine Lohnminderung um etwa 15 Proz. Sie mußten jedoch in den Verhandlungen bei ihren Forderungen kräftig zurückstufen. Der neue Vertrag läßt die Urlaubsbezahlung unverändert, nur die Urlaubsbauer wird um einen Tag gekürzt. Unverändert bleibt auch die Eingruppierung und ebenso die Überstundenbezahlung, während der Zuschlag für Sonntagsarbeit von 50 auf 40 Proz. gekürzt wird. Die Tariflöhne bleiben zunächst bis Jahresluß bestehen, vom 2. Januar an werden sie um 6 Proz. gesenkt. Die Lohnabmachungen laufen bis zum 30. April, die neuen Mantelbestimmungen bis zum 30. November 1933. Die im Metallarbeiterverband organisierten Berliner Graveure und Ziseleure haben in einer stark beschützten Versammlung die Schwierigkeiten, die ihre zentrale Tarifkommission zu überwinden hatte, vollauf anerkannt und den Tarifabschluß beglückwünscht.

Theorie und Praxis der Nazis. Ein neuer Beweis für das zwiespältige Verhalten der nationalsozialistischen „Arbeiter“partei gegenüber Arbeitstämpfen wurde in Braunschweig geliefert. In der gleichen Nummer (249), in der die nationalsozialistische „Braunschweiger Tageszeitung“ einen „Siegesbericht“ über einen gewonnenen Streik der Textilmittelarbeiter brachte, in dem sie sich gefällige Ausfälle gegen die Gewerkschaft leistete und die *NSDAP*, als die Partei der streikenden Arbeiter hinstellte, befand sich ein Artikel, in dem die Abwägung aller Streiks im schicksalhaften Italien gefeiert wurde. Es hieß darin u. a.: „In Italien herrscht seit 10 Jahren ununterbrochen der soziale Frieden, dank der durch die korporative Ordnung erreichten Solidität der produktiven Klasse.“ Höher kann die Heuchelei nicht getrieben werden. Auf der einen Seite spielt man sich als Unterführer jeder Streikbewegung auf, auf der anderen feiert man den Faschismus, der alle Streiks brutal unterdrückt und den „sozialen Frieden“ und die „Solidarität der produktiven Klasse“ auf der Grundlage einer schamlosen Ausbeutung der Arbeiterklasse durch den Kapitalismus geschaffen hat.

Nazis als Umfischler der Scharfmacher. Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, kurz *Rainganverein* genannt, ist bekanntlich einer der hervorragendsten Exponenten des großindustriellen Scharfmacherkreises. Dieser Verein hatte vor kurzem eine Tagung, bei der die altbekannten sozialreaktionären Redensarten wieder in bedeutsamer Lautstärke erschallen. Bezeichnend war, daß die nationalsozialistische „Eigener Nationalzeitung“ in ihrer Nummer vom 25. November zu dieser Tagung der „feinen Leute“ u. a. folgendes schrieb: „Der *Rainganverein* hat sich das Recht erwirkt, im besten Sinne des Wortes rheinisch-westfälische Wirtschaft zu repräsentieren. Es wird unter den Männern, welche sich in der Düsseldorf-Düsseldorf verarmt hatten, kaum einer gewesen sein, der nicht mit der Überzeugung gekommen wäre, eine starke, überragende Demonstration der westdeutschen Wirtschaft zu erleben. Jedes Thema paßte sich der erweiterten Gesamtlage an, das ausgezeichnete Referat des Berliner Staatsrechtlers *Dr. Karl Schmidt* regelte sich sogar bis in die erregende Spätre hinein, die alle Entschuldigungsstunden des Staates begleiteten. Der *Rainganverein* hätte sich in dieser Stunde zu einer Macht, zu einer starken, nicht übersehbaren Formation im Reich der Wirtschaft erheben können. Bedauerlich, daß er seine großangelegte Rundgebung durch die erneute Bekundung völliger Latenzlosigkeit bagatelisierte.“ Sein Wort gegen das hemmungslose Scharfmacherum des *Rainganvereins*. Das einzige, was die nationalsozialistischen Kataien der Ruhrkönige in ihrer mit der aufmunternden Überhöhung „Mut zum Handeln“ gezielten Betrachtung bedauern, ist der Umstand, daß die sozialreaktionären Profanationen nicht auch gleich sozialreaktionäre Taten auf dem Fusse folgten. Bemerkenswert ist ferner, daß der von dem *Eigener* Nazistat als Referent über den grünen Klee gelobte Staatsrechtler *Schmidt* der Hof- und Hausjurist des Berliner Herrentubs ist!

Zur Abhaltung der Weltwirtschaftskonferenz. Der bekannte schwedische Volkswirtschaftler *Professor Gustav Cassel* verbreitete sich in einem Artikel der *Welt* über die Vorbereitungen zur Weltwirtschaftskonferenz. Er ist erstaunt, daß die Wälder so lange auf diese Konferenz warten müssen. „Es ist“, so sagt er, „als ob die Zeit keinen Wert hätte, und als ob die Menschheit das jetzt herrschende Elend unbegrenzt lange ertragen könnte.“ *Cassel* sieht in dem allgemeinen Preisfall die entscheidende Ursache der Krise. Es hätte keinen Nutzen, eine Weltwirtschaftskonferenz abzuhalten, wenn man sich nicht im voraus darüber klar geworden ist, wie der Preisfall zum Stillstand gebracht werden kann. Das starke Fallen der Preise ruinieren nicht nur einzelne Unternehmer, sondern auch ganze Gewerbebezirke und Länder. Die Unternehmerrätigkeit könne einfach nicht in Gang kommen, solange der Preisfall sich fortsetze und solange diejenigen, die die Geldpolitik leiten, sich außerstande sehen, eine bestimmte Garantie gegen eine fortgesetzte Deflation zu geben. Durch Staatshilfe den Preisfall für einzelne Waren durch künstliche Begrenzung von Produktion oder Angebot aufzuhalten, sei töricht. Eine Regulierung des allgemeinen Preisniveaus sei eine rein monetäre Angelegenheit. Jede vernünftige Anregung durch erweiterte Zahlungsmittelversorgung und liberale Kreditpolitik dienende Steuerung des allgemeinen Preisstandes herbeizuführen, die die Lage unumgänglich fordert, sei eine dringende Notwendigkeit. Die beste Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz sei die Beendigung der Deflation und eine bestimmte begrenzte Steigerung des allgemeinen Preisniveaus. Es ist natürlich unvertretbar, daß ein unverhältnismäßiges Sinken der Warenpreise mit einer der Hauptursachen der Krise bildet. Deshalb ist der Meinung *Professor Cassels* beizupflichten. Zu befürchten ist aber, daß die verantwortlichen Wirtschaftsführer in den einzelnen Staaten nicht den Mut aufbringen, entscheidende Schritte zu unternehmen. Ob die geplante Weltwirtschaftskonferenz darin einen Wandel bringen wird, ist zu bezweifeln.

Keine politische Zeitnot. Der vom Reichspräsidenten mit der Bildung einer neuen Reichsregierung beauftragte General v. *Schleier* präsentierte ihm folgende Kandidatenliste: Reichsminister und Reichswirtschaftsminister: v. *Schleier*;

